

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Sürchen, Baruth (Markt).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsbetrages.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreispaltige Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürchen, Baruth (Markt).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 79

Sonabend, den 3. Juli

1926

Der Sturz des französischen Kabinetts schon wieder in Sicht.

Paris. Die bisherigen Maßnahmen des französischen Finanzministers Caillaux haben in allen Kreisen größte Enttäuschung hervorgerufen. Die Hoffnung, die man auf Caillaux gesetzt hatte, daß er nämlich endlich der französischen Inflation steuern und den Franc stabilisieren werde, schwindet von Tag zu Tag mehr. In der Pariser Kammer sieht sich der Finanzminister einer großen Opposition gegenüber. Im Verlaufe der Verhandlungen über Kreditfragen kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Caillaux und den Sozialisten. Unter dem ungünstigen Eindruck der Kammerdebatte und infolge des Ausbleibens von Maßnahmen seitens des französischen Finanzministers ist der Franc von neuem gefallen. Die Nachricht, daß Caillaux versuchen werde, von England und Amerika einen Kredit von 500 Millionen Dollar zur Stabilisierung des Franc zu erlangen, hat in den Parlamenten großen Widerstand hervorgerufen. Wenn auch das Finanzministerium die Nachricht von einem Kreditgesuche im Auslande widerlegt, so glaubt man dennoch, daß Caillaux Vorbesprechungen mit englischen und amerikanischen Finanzkreisen gehabt hat.

Bei allen Parlamentsgruppen herrscht aber stärkste Abneigung gegen die Aufnahme eines ausländischen Kredits, und man nimmt allgemein an, daß Caillaux oder sogar das ganze Kabinett in der nächsten Woche, wenn genaue Angaben über die Anleihe veröffentlicht werden sollen, gestürzt wird. Am Dienstag nächster Woche soll die Abstimmung über die Finanzprojekte der Regierung stattfinden. Man erwartet, daß die Regierung in die Widerheit verstoßen wird, weil sich sowohl von rechts wie von links eine starke Mehrheit gegen die Regulierung der französisch-amerikanischen Schulden und damit gegen die Grundidee des Finanzprogramms der Regierung bemerkbar macht. In Parlamenten wird bereits die Frage erörtert, wer Nachfolger Briand's werden soll.

Die Deutsche Reichsbank will den Franken stabilisieren?

Ein Pariser Blatt bringt die Aufsehen erregende Nachricht, daß der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, seine Hilfe für die Stabilisierung des Franc angeboten habe. Dr. Schacht will allen Spekulationen Manövern gegen den Franc an der Berliner Börse und anderen Börsen des Kontinents mit den Mitteln der Reichsbank entgegenstellen, und zwar für die Dauer von zwei Monaten. Als Gegenleistung möchte Frankreich einwilligen, die Besatzungstruppen am Rhein sofort um die Hälfte zu vermindern und das Rheinland innerhalb von sechs Monaten vollständig zu räumen. Eine Nachprüfung dieser Meldung ist von Paris aus natürlich nicht möglich.

Zuspitzung der Lage in Spanien.

Vor einer ernsthaften Umwälzung.
Paris. Nach einer französischen Meldung von der spanischen Grenze, besteht in Spanien politische Hochspannung. Trotz des rigorosen Durchgreifens des Diktators Primo de Rivera gärt es im Volke. Auch der Führer der spanischen Liberalen, Graf Romanones, ist in das durch die Regierung unterdrückte Komplott verwickelt. Er konnte aber rechtzeitig im Auto die französische Grenze erreichen und hält sich an der französisch-spanischen Grenze auf. Bisher sind über 400 Militärpersonen gefangengesetzt worden. Die Regierung, so wird berichtet, sei von der ganzen Armee aufgegeben worden und flühe sich nur noch auf die Polizeieinrichtungen. Sie nehme blindlings Verhaftungen vor. So sei die Tochter des Generals Dugué in Madrid verhaftet worden, ohne daß man den Grund kenne. Die Erregung sei allgemein sehr groß. Die Reisenden, die aus Spanien zurückkommen, versichern, daß das Land vor einer ernsthaften Umwälzung stehe. Die Zensur dulde keine Nachrichten über die Ereignisse.

Steuererleichterungen für hochwasserschädigte Landwirte.

Anlässlich der katastrophalen Überschwemmungen in Elbe- und Odergebiet, die besonders der Landwirtschaft ganz erheblichen Schaden zugefügt haben, hat der preussische Finanzminister den zuständigen Stellen, die bestehenden allgemeinen Anordnungen über Steuererleichterungen in Erinnerung gebracht, damit die wirtschaftliche Not der von der Überschwemmung Betroffenen auch steuerlich berücksichtigt wird.

Beratungen über das Sperrgesetz. Deutscher Reichstag.

222. Sitzung, Donnerstag, den 1. Juli 1926.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß entweder am Freitag zwei Sitzungen stattfinden werden oder eine Schlußsitzung vor den Ferien noch am Sonnabend.

Zur ersten Lesung steht dann das Gesetz über die Aussetzung von Verfahren (Sperrgesetz zur Fürstenabfindung).

Reichskanzler Dr. Marx

nimmt sofort das Wort: Nach dem Gesetz vom 13. Februar d. J. sind Rechtsstreitigkeiten zwischen den Fürsten und Mitgliedern der vormals regierenden Fürstentümer über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung und damit zusammenhängende Fragen auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung auszusetzen. In dem Gesetz vom 3. April d. J. ist eine entsprechende Regelung für Verfahren wegen Aufhebung von Familiengütern der ehemaligen Fürstentümer getroffen. Die Geltungsbauer dieser beiden Gesetze ist heute abgelaufen. Wenn die Reichsregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Verlängerung der Sperrfrist bis zum 31. Dezember d. J. vorschlägt, so dürfte aus der Einbringung des Entwurfes unmittelbar vor der Entscheidung in der Fürstentümer-Kommission keine wesentliche Schilfe dahin gezogen werden, als sei in der Auffassung der Reichsregierung über die alsbaldige Erledigung dieser Frage eine Wandlung eingetreten.

Die Reichsregierung ist nach wie vor entschlossen, noch vor den Ferien die Vorlage über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstentümern zur Entscheidung zu bringen. Ich möchte nochmals der zuverlässigen Erwartung Ausdruck geben, daß sich der Reichstag mit der erforderlichen Mehrheit zu der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Lösung des Problems bekennen wird. Sollte die Erwartung der Reichsregierung sich nicht erfüllen, so legt die Regierung auf die Verlängerung der Sperrfrist keinen Wert mehr.

Das Sperrgesetz wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Gegen die sofortige Verlesung der dritten Lesung erhebt Reichskanzler Dr. Marx in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter selbst Einspruch.

Abg. Dr. Schneider (Thüringen (Dnat.) befragt dann namens des Ausschusses für die Entschädigungsangelegenheiten die Reichsregierung, wonach die Reichsregierung Mittel bereitstellen soll, um den Geschädigten, die einen entschädigungsfähigen Liquidationsantrag mit einem Grundbetrage von mehr als 200 000 Mark erlassen haben und entzogen sind, über den Rahmen der Möglichkeiten für Wiederaufbauarbeiten hinaus, darüber zum Zwecke des Wiederaufbaues zu gewähren, sofern dieser der deutschen Außenwirtschaft dient und ein besonderes volkswirtschaftliches Interesse an ihm besteht. Abg. Schirmer (Dresden (Soz.) befragt die Reichsregierung, wonach in der Ausschussentscheidung die Verhängung auf große Schäden getriggert werden soll. Die Vorschläge des Ausschusses werden gebilligt. Eine Gentrumsentscheidung wird angenommen, eine sozialdemokratische Abgelenkung.

Anschließend berichtet der Demokrat Rönneburg über die

Anträge zur Förderung des ländlichen Siedlungswesens.

In einer Entscheidung werden geeignete Maßnahmen empfohlen, und zwar sollen in den nächsten fünf Jahren für Kredite je 50 Millionen Mark bereitgestellt werden. Allgemeine Siedlungsschritte sollen aufgestellt werden. Ein demokratischer Antrag fordert sofortige Fürsorgemaßnahmen bezüglich der Flüchtlingsfibelung.

Bestimmung des Haushaltsplanes im Landtag.

192. Sitzung vom Donnerstag, 1. Juli 1926.

Bei der Fortsetzung der dritten Ratssitzung am Landtag haben die Deutschvölkischen ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Braun-Severing eingebracht.

Als erster Redner begrüßt Abg. Schwenk (Oberhausen (Völk. Ver.) den am Mittwoch vom Sozialdemokraten Osterroth vorgebrachten Wunsch, man möge in Neben und Zwischenfragen die Würde des Parlamentes mehr als bisher wahren. — Es sei zu beklagen, daß die

Flucht in die Öffentlichkeit mit den Reichsberichten über das Reich

notwendig gewesen sei. Es werde noch nicht genügend erkannt, daß der Weg zu einem großen Deutschland nur über ein starkes Preußen führen könne. Der Redner verlangte Auskunft, ob es richtig sei, daß die vom Reich gewährten 30 Millionen, die dem hiesigen im besetzten Gebiet für Besatzungsschäden gegeben werden sollten, zum großen Teil für andere Zwecke verwendet worden seien.

Darauf brachte Abg. Dr. von Brehmer (Völk.) das Mißtrauensvotum gegen die Regierung ein. In einer Erklärung befragt er den preussischen Staat den Charakter als Rechtsstaat. Ehrenwerte Männer würden für vogelfrei erklärt, Übergriffe der Polizei, Verletzung der öffentlichen Meinung in der Aufrüstungs-Angelegenheit, im sogenannten Reichspuff und das Schwere bloßgestellt. Die Behandlung des Falles Hessing

schlage jedem vaterländischen Fühlen und jeder staatspolitischen Auffassung ins Gesicht. Die Behandlung des früheren preussischen Herrscherhauses durch die jetzige Regierung, werde als schwerer Verstoß gegen Treu und Glauben empfunden. Aus diesen Gründen spreche seine Partei der jetzigen preussischen Regierung das schärfste Mißtrauen aus und lehne den Etat ab.

Darauf ergriff Abg. Dr. Finckel (D. Sp.) das Wort. Er erwartete größere Berücksichtigung Preußens seitens des Reiches, wenn man in Preußen selber energischer die Fragen der Wahlrechtsreform, der Parlamentsreform usw. betreibe. Nach der bisherigen Praxis spiele der Parlamentarismus in den einzelnen Ländern nur eine Rolle dritten Ranges. Die Regierung lasse es vielfach an dem Respekt vor dem Parlament fehlen, politische Fragen würden einfach nicht beantwortet.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Bieker (D. Hannov.) schließt die allgemeine Debatte, und das Haus beginnt in einzelnen die

Ausdrücke zum Etat des Innenministeriums.

Abg. Dr. Marek (Dn.) erklärt, die Linke zeige das Bestreben, die unter so schweren Rechtsverletzungen durchgeführte Polizeistellung gegen den angeblichen Reichspuff möglichst schnell in Vergessenheit geraten zu lassen, weil schon jetzt erwiesen sei, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit um ein ziviles politisches Manöver gehandelt habe. Die Regierung hat sich nicht gedrückt, das ist bezeichnend. Wir fragen an, was die Regierung zu tun gedenkt, um die offenbar schweren Rechtsverletzungen zu beheben. Wir fordern, daß die Freiheit der politischen Stellung der Polizeibeamten sichergestellt wird. Das Stichwort gegenüber den Verbänden ist eine Maßnahme zur Beherrschung der Rechtsorganisationen und zur Einschüchterung der nationalen Bewegung.

Sicheres Scheitern des Kompromißgesetzes über die Abfindung der Fürsten.

Was dann?

Berlin. Da das Kompromißgesetz vorläufig keine Aussicht auf eine Zweidrittelmehrheit hat, wird die Frage der Auflösung des Reichstages lebhaft erörtert. Es steht fest, daß beim Reichspräsidenten noch keinerlei Entscheidung in dieser Frage gefallen ist. Es steht weiter fest, daß, sowohl für die Mehrheit des Kabinetts, vor allem aber auch für den Reichspräsidenten, die Auflösung des Reichstages ganz indiskutabel ist, solange nicht der Reichskanzler aus dem Ergebnis der Verhandlungen über das Kompromißgesetz die Sicherheit gewinnt, daß bei Neuwahlen ein Reichstag zustande kommen wird, der mit Zweidrittelmehrheit das Kompromiß annehmen würde. Diese Möglichkeit ist aber sehr gering, da die Sozialdemokraten im Wahlkampf nicht für das Kompromißgesetz, sondern für die entschädigungslosige Entgegung eintreten würden.

Wahrscheinlich wird der Kampf um das Gesetz mit allen Mitteln der Geschäftsordnung bis zur letzten Minute in der Sitzung vom Freitag geführt werden. Das Kabinett hat damit die Verpflichtung, sich in wenigen Minuten am Freitag nach der wahrheitsgemäßen Ablehnung des Gesetzes über die weiteren Maßnahmen zu entscheiden. Die Vertagung der Beratung steht für diesen Fall noch immer im Vordergrund der Erwägungen.

Die Neuordnung der Reifeprüfung in Preußen.

Der preussische Staatsrat hat soeben die neue Reifeprüfungsordnung, die ihm vom Kultusministerium vorgelegt war, verabschiedet. Die Reifeprüfungsordnung wird nunmehr erlassen werden.

Mit der Reifeprüfungsordnung ist ein weiterer Teil der Neuordnung des gesamten höheren Schulwesens zum Abschluß gekommen. Während die Prüfung früher in erster Linie auf Durchschnittsleistungen gerichtet war und auch schwächeren Schülern Gelegenheit geben sollte diese nachzuweisen, soll der Prüfling jetzt seine eigentliche Leistungsfähigkeit dartun und sich als selbständige Persönlichkeit erweisen können. Deshalb darf der Schüler in den verschiedenen Schulgattungen für die Fächer, die die wichtigsten Prüfungsarbeiten entnommen sind, besondere Wünsche äußern. Glaubt er, auf einem Gebiet etwas besonders Gutes leisten zu können, so darf er eine größere Hausarbeit einreichen, die als Ersatz für eine schriftliche Arbeit gelten kann.

Für die mündliche Prüfung hat er auf dem Gebiet seiner ausgesprochenen Neigungen das Fach anzugeben, in dem er seine Stärke beweisen will. In diesem Fach muß er zunächst geprüft werden.

Neugeordnet sind entsprechend auch die Bestimmungen über die Reifeprüfung der Nichtschüler (Extraneer). Diese werden in Zukunft vorbestimmt, für diesen Zweck zusammengelegenen Ausfischen geprüft werden. Und bei dieser Prüfung hat der junge Mensch sich nicht so sehr über das Maß seiner Einseitigkeit als über den Stand seiner gesamten geistigen Entwicklung auszuweisen.